



Nichts nicht im Einklang findet, die Genehmigung zu verweigern. Bei der Besprechung der Finanzreform sind immer Parallelen gezogen worden mit Frankreich, mit England, mit Amerika und anderen Staaten, die wirs Ertragens für unsere Verhältnisse gar nicht zutreffen. Wir können uns in Bezug auf Kapitalkraft auch heute noch nicht messen mit Frankreich, noch mit England, noch mit Amerika. Wir haben mit dem verstorbenen Herrn v. Miquel einmal eine erste Stunde verhandelt, die mir im Gedächtnis geblieben ist. Miquel war, wie Sie wissen, von großer praktischer Erfahrung. Er sagte mir: „An einem Sieg des Materialismus, wie er von der äußersten Linken vertreten wird, ist nicht zu denken. Unsere geistigen und wirtschaftlichen Kräfte bilden einen festen Widerstand gegen diesen Materialismus. Die Lage der Regierung wird erst gefährlich, wenn sie in nächste Finanzen gerät und infolgedessen unabhängig wird vom Parlament, und wenn sie die Staatsausgaben, die ihre Stellung erfordert, nicht mehr leisten kann.“ Mir scheint, hierin liegt eine tiefe Wahrheit. Die Streiks, die angeblich in unserer Bevölkerung grassieren, müssen auf die Dauer gerichtlich auf unsere wirtschaftlichen Verhältnisse wirken. Der Abg. Reich hat die Ausprägungen von Arbeitern durch Arbeitgeber getadelt. Wir erleben es aber alle Tage, daß Arbeiter von ihren Mitarbeitern ausgepöbelt werden, wie sie nicht Organisationen angehören. (Sehr richtig! recht.) Das ist eine Beschränkung der persönlichen Freiheit. Wir sind ja noch ein paar Jahrhunderte von dem Zustand, den die soziale Bewegung im allgemeinen, die wir nützlich, doch, wenn der Staat weiter sieht, wie die Wohlhabenheit der bestehenden Klassen steigt, daß mit der wachsenden Schulbildung und mit der wachsenden allgemeinen Kultur des Arbeiters auch seine Ansprüche an die höhere Lebenshaltung steigen. Selbstverständlich kann aber durch die Höhe des Lohnes nicht die Produktion in dem Maße gesteigert werden, daß bei dem Wettbewerb auf dem Weltmarkt nicht mehr ausbalden kann. Man sieht nur immer die glücklichen Unternehmern, nicht aber diejenigen, die stille untergehen. (Sehr richtig!) Wird der Lohn überaus, wird die Ware zu teuer, leiden unter den fortwährenden Streiks die Betriebe, so leidet in erster Linie die Arbeiterkraft. Ein Bericht einer englischen Arbeiterdeputation über die britischen Arbeiter ist sehr beachtenswert für die englische und erweist sich eines höheren sozialen Standes. Es scheint also, daß billige Kleidung nicht der einzige oder gar wichtigste Gesichtspunkt in der Preisfrage ist, sondern die Intelligenz und die selbstbestimmende Benutzung der Intelligenz. Die Sozialdemokratie fordert für wirtschaftlich besser als der Staat in der Lage ist, die Rechte und Interessen der Arbeiterklasse zu beschützen, der Staat muß deshalb ganz neu aufgebaut werden. Für die bürgerlichen Klassen ist es ein sehr gefährlicher Irrtum, daß sie meist keinen Unterschied zwischen Arbeiterforderungen und sozialdemokratischen Forderungen macht. Sie meinen, daß sie in irgendeinem sozial, wirtschaftlich und wirtschaftlich zu geordnete Zustände, in dem Zustand, und ich meine kein Land, wo die Arbeiterklasse so sehr nach unfernen alten Maßstäben: „sum cuique“ behandelt würde. (Sehr richtig! recht.) Gegenüber einer solchen Forderung fragt man, wie ist es psychologisch erklärlich, daß in einem Lande, das auch wirtschaftlich für die unteren Klassen so günstig ist, eine Partei auftreten kann, die sich für die Arbeiterklasse einsetzt? Die Antwort ist: Die wirtschaftliche Lage ist nicht die einzige, die den Zustand bedingt. Ich glaube, daß wir in der Zeit der Vorbereitung auch in den Kollisionsfragen noch manchen kleinen Gesichtspunkt aus dem alten Volkstüm in die Gegenwart hinübergenommen haben, was für unsere Zeit nicht mehr paßt. Ich glaube auch ferner, daß die bürgerlichen Klassen die Opferbereitschaft, die Großherzigkeit in wirtschaftlichen Dingen bei den bestehenden Klassen gestiegen ist. Die bürgerliche Gesellschaft wird mit Gesetzen und großen Worten die Sozialdemokratie nicht überwinden (sehr richtig! links), sondern nur, wenn sie in sich geht, wenn in die bürgerlichen Klassen ein größeres Maß humanen Gedankens kommt. (Recht! links) Das ist nur ein wenig bringend, daß ein Volk wieder ein geistige und wirtschaftliche Weitergeburgt erfährt. (Recht! links) Dann wird auch die deutsche Regierung trotz des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts wieder überall das Gewicht, die Autorität erhalten, die sie in jedem zivilisierten Staate besitzen muß. (Recht! links)

**Abg. Schröder** (fr. Vag.) In Bezug auf die Angelegenheit der Staatsreform war der, daß die Medien im Reichstage wertlos sind. Das ist doch eine Praxistaube des Reichstages. (Recht! links.) Redner ist mit der Motionenvorlage einverstanden und tritt lebhaft für eine Neubesetzung ein.

**Staatssekretär Graf v. Helldorf**: Ich habe ausgeführt, daß für Dänen fast alle Angelegenheiten der bürgerlichen Klassen gegenüberstehen. Niemand aber ist mehr der Überzeugung als ich, daß ein moderner Staat ohne ein einflussreiches Parlament gar nicht regiert werden kann. (Recht! links.)

**Abg. Dr. v. Jachmann** (Vole) trägt polnische Beschwerden vor.

**Abg. v. Sodenberg** (Welfe): Was die Steuerpläne der Regierung betrifft, so ist es mir aus der Geschäftsreise, die wir abschließen, den Darlegungen des Abg. Frichen zu. Die Steuerforderungen für Arme und Flotte werden wir bewilligen, soweit sie notwendig sind.

Nach einer weiteren Rede des Abg. Fr. v. S. in (fr. Vag.) spricht **Staatssekretär Reich**, v. Stengel die Hoffnung aus, daß das große Werk der Steuerreform zustande kommen. Bald werde man ihn vor, daß er sich nicht in den Mund lege, bald, daß er Steuern auf Vorrat fordere.

Mittwoch 1 Uhr: Hambesprovisionarium mit England, Staatsberatung. Schluß nach 6 Uhr.

### Preussischer Landtag.

**Abgeordnetenhaus**  
5. Sitzung vom 12. Dezember 11 Uhr.  
Am Ministertisch: Studt.  
Zunächst wird der Entwurf betr. die Veränderung der Landesgrenzen gegen das Herzogtum Hessen in dritter Lesung debattiert angenommen.  
Darauf wird die erste Lesung des Schulunterhaltungsgesetzes fortgesetzt.  
**Abg. Ernst** (fr. Vag.) ist Gegner der Vorlage. Die Begründung seiner Stellungnahme bleibt bei der im Hause herrschenden Unruhe unverständlich.  
**Abg. Stachel** (Volk.) fragt über die im Entwurf liegende Willkür. Beim vorjährigen Ausschussgesetz wollte man den Charakter des Ausschussgesetzes nicht ausgeben. Dies aber wird offen gesagt: Die etwa als politischen Bestände werden vom Entwurf nicht berührt. Gestern wurde gesagt, in der Vorlage sei das Recht der Minorität festgelegt. In Westpreußen und Posen aber soll selbst das Recht der Minorität mit Füßen getreten werden. (Sehr richtig! bei den Polen.) In Posen und Westpreußen werden die Konfessionsunterschiede nicht ausgeblendet. Wir polnischen Delegierten haben leider kein anderes Mittel als den kommenden Protest gegen die uns widerfahrende Behandlung.  
**Außwärtiger Stand:** Ein weiterverbreitetes Blatt hat mir heute die Worte in den Mund gelegt, die inneren Kämpfe um die Schule werden die Nation nach außen hin schwächen. In Wirklichkeit sollte ich gesagt: Was ich in einer ersten Zeit, in der es ein innerer Kampf war, die Schulen und das Vaterland, falls, wenn auf neue ein leidenschaftlicher Kampf um innere Schulfragen die bürgerlichen Parteien entgegen sollte; die Staatsregierung hat sich zur Einbringung dieser Vorlage in der Überzeugung verstanden, daß solche Kämpfe vermieden werden. In der geistigen Förderung trotz die materiellen Fragen steht bevor. Prinzipiel werden aber diese Darlegungen vom Stand-

punkte der Staatsregierung nicht erheblich ab. Auch wir wollen ja die Kosten der Gemeinden erträglich machen. Schon jetzt möchte ich aber darauf aufmerksam machen, daß, je stärker die Leistungen des Staates werden, um so näher die Frage der Staatsausfälle rückt. In zweiter Linie richten sich die Bedenken gegen die Vorlage über die Verwallung der Volksschule. Man möchte aber, daß ein Bestehen der Gemeindeverwaltung durch die Schulbehörde nicht beeinträchtigt werden soll. Auch die Verfassungsfrage ist von der Regierung ernst geprüft worden. Die Verfassung läßt eine ständige Regelung der Schulfrage zweifellos zu. Abg. Ernst war im Artium, wenn er meinte, das preussische Landrecht über die Simultanfische als Grundlage der preussischen Volksschule zu sein. In fünf Provinzen besteht ja nicht eine einzige Simultanfische, sondern verschiedene. Abg. Ernst Simultanfische mit Paritätsfische. Dem Abg. Stachel gegenüber kann ich nur betonen, daß wir die in der Diktat begonnene Schulpolitik unentwegt fortsetzen werden.  
**Abg. Graf v. d. Gröben** (kon.): Wenn gestern der Entwurf eine petriologische Zeit des gegenwärtigen Ministeriums genannt wurde, so würde mir doch nicht bereuen, daß auch frühere Minister unseren Dank verdienen. Auch sie haben gearbeitet an der Sammlung des großen Kapitals von Erfahrungen, die jetzt uns vorliegen. Das kommunale Prinzip bietet in weiten Grenzen eine starke Befähigung der Kommunen. Wir rechnen es uns aber für Ehre an, daß wir Lehren, die der Gerechtigkeit entsprechen, nicht übersehen. Wir haben hier in wieder den Fall, daß das Dreifachparlament ohne Bedenken den bestehenden Klassen weitere Lehren aufbürdet. Beiträge des Staates werden sicherlich in größerem Maße als vorgeschlagen zur Verfügung gestellt werden müssen. Die zwangsbewehrte Einführung der Simultanfische, die Abg. Ernst forderte, wäre ein unerhörter Juno für geistige Eltern. Eine solche Forderung amteit keinen Elternsinn. Fund's Forderung wäre der erste Schritt zur Religionslosigkeit. Wir halten an der konfessionellen Schule fest, gerade weil wir den konfessionellen Frieden erhalten wollen. (Recht! rechts.)

**Abg. Gessel** (fr. Vag.) bezieht, daß nach den Ausführungen des Abg. Dr. v. Sodenberg die Konfessionen um Schutz der Rechte der Selbstverwaltung entschlossen sind und hofft, daß die Konfessionen auf die Rechte der Städte in Schutz nehmen werden. Das Recht der staatlichen Schulaufsicht steht fest, deshalb sollte aber nicht die Verwaltung der Schulen durch die Städte fortgesetzt durchgesetzt werden. Der Minister warnte vor einer Erhöhung der staatlichen Beiträge, da dabei auch die Rechte des Staates gefährdet wären. Eine solche Forderung amteit großen Städte vom Staate nur sehr geringe Beiträge. Es ist also eine durchaus berechtigte Forderung, daß die städtischen Gemeinden das ausschlaggebende Recht bei der Verwaltung der Schule haben. Redner polemisiert schließlich eingehend gegen die geistige Rede des Abg. Frichen v. Jachmann. Die Ausführung des Gesetzes nach der Anerkennung des Rechtes der Selbstverwaltung führen. Wir werden der Entwurf ablehnen, deswegen uns aber doch an den kommissionsarbeiten mit Fleiß beteiligen. (Recht! links.)

**Minister Studt** misbilligt die scharfe Art, mit der der Vorredner die angeblich bedauerliche Vertretung des Rechtes der Selbstverwaltung bekräftigt. Von Vorredner könne ja geteilt der Satz: Ich kenne die Weisheit der Regierung nicht, aber ich misbillige sie. (Recht! links.)

**Abg. Gessel** (fr. Vag.) läßt seine Behauptungen aufrecht. Wenn ich auch an dem guten Willen des Ministers nicht zweifle, dem Vaterlande nach bestem Gewissen zu dienen, so müssen doch seine Anschauungen für das Gelingen der Selbstverwaltung unheilvoll sein.

Darauf wird ein Schulplan angenommen und die Vorlage einer Kommission von 25 Mitgliedern überwiegen.  
Mittwoch 11 Uhr: Besprechung der Interpellation über den Wagenverkehr, Interpellation Savigny über den Tunnelneubau bei Altemhofen. Schluß 4 Uhr.

### Die Lage in Rußland.

**Eine Unterhaltung mit Witte.** Der Petersburger Korrespondent des „Daily Telegraph“ übermittelt seinem Blatte den Inhalt einer Unterhaltung, die er vorgelesen mit dem russischen Ministerpräsidenten Grafen Witte hatte. Dieser sagte ganz offen, daß die politische Krise in Rußland einen sehr gefährlichen Charakter annehme; es könnten jeden Augenblick schreckliche Ereignisse eintreten. Er gab zu, daß die Revolutionäre die einzige Partei in Rußland seien, die genau wisse, was sie wollen, und ebenso genau, wie sie das erreichen wollen, was sie wollen. Graf Witte fügte, daß es nun an die Rußland wisse, ob die Revolution in Rußland eine friedliche Lösung des Problems noch nicht ausgehen hat. Sollte es notwendig sein, eine Politik der Zwangsmaßnahmen anzuwenden, dann würde er zurücktreten, um Platz für eine militärische Diktatur zu machen.

**Ueber die Unterbrechung des Eisenbahn- und telegraphischen Verkehrs** zwischen den baltischen Provinzen und Petersburg steht jede Nachricht. Die letzten Mitteilungen betreffen über die Eisenbahn die Abreise von Riga und die Abreise von Pskow. Die Anzugsfall der Bevölkerung wächst immer mehr. An verschiedenen Orten wurde Militär von der Bevölkerung angegriffen und entwisst.

**Der Papst und die Polen.** „Operatore Romano“ veröffentlicht ein Schreiben des Papstes an die Bischöfe Polens, in welchem er sie ermahnt, bei der Verhütung Rußlands mitzuwirken, indem sie die neue Verfassung annähmen.

**Ueber die allgemeine Lage** meldet uns eingehender ein Telegramm aus Petersburg über Endfahrungen: Die Verhaftungen in Petersburg und Moskau und die in den letzten Tagen in der Provinz erfolgte Verhaftung vieler Mitglieder des Bauernverbandes schaffen, wie man annehmen kann, eine veränderte Sachlage, wenn auch in der Sitzung der Arbeiterdeputationen vom Sonntag behauptet wurde, die Verhaftung der Bauern sei ein bloßes Ereignis, das einen Generalfreist als Protestkundgebung nicht zur Folge haben könne. Didiion die Sitzung mit der Versicherung des Vorliegenden schloß, der Tag sei nicht fern, mo das Proletariat Herr von Petersburg sein werde, erhält man doch den Eindruck, daß das Ereignis auf die Seite der revolutionären Bewegung um niederdrückender gewirkt hat, als die Anzierung eines Generalfreists gegenwärtig unmöglich erscheint. Gegen Chruschew wird dem Vernehmen nach wegen Majestätsbeleidigung und Aufregung zum Volksaufstand mit Wissen-gemüht Anklage erhoben werden. Der Post- und Telegraphen-freist dürfte ebenfalls durch die Verhaftungen beeinträchtigt werden; er dauert noch fort, flaut jedoch mit jedem Tage mehr ab. Darnach hat Chruschew, dem sogar die „Naschewo Wremja“ Un-verständlichkeit vorwirft, wie auf die Post- und Telegraphen-beamten niederdrückend, zumal die Zahl der Entlassenen, unter denen sich auch höhere Beamte befinden, sehr groß ist. Der Postdienst kommt, wenn auch langsam, wieder in Gang, weit langsamer der Telegraphendienst. In Petersburg scheint sich unterdessen ein Generalfreist als Protest gegen die Verhaftung Chruschew's zu entwickeln.

Eine Tabellierung der Kommandanten der Stellung Anstalt berichtet eingehender über die dort seit dem 25. November wahrgenommenen Verhalte der Revolutionäre, die Barsillon

zu gewinnen. Die Eisenbahn- und Telegraphenbeamten traten in den Ausstand. Am 1. Dezember wurde in einer aus den 200 Unteroffizieren bestehenden Verwallung beschlossen, die Willkürhaftigkeit der Festung zu befristen und durch Revolutionäre zu erledigen. Hieran erfolgte die Verhängung des Belagerungs-zustandes und die Verhaftung von drei Batailloneuren, unter ihnen die des Ingenieurs Solomon. Gegen die Verhafteten wurde die Ver-urteilung eingeleitet. Zugl. darauf wurde auch der Hauptbede-sünder Monteur Simonov, der auch in Petersburg durch seine revolutionäre Tätigkeit bekannt ist, verhaftet.

### Rußland.

**Frankreich.**  
Das Gelbfuch in der Waroffrage.  
Infolge technischer Schwierigkeiten wird das Gelbfuch wahrscheinlich erst am 14. cr. in der Kammer verlesen werden.  
**Serbien.**  
Der Minister des Äußeren Bjuzic gab wegen Schwierigkeiten in seiner Wirkungsreise seine Demission.  
**Italien.**  
Das macedonische Finanzreglement.  
Denstag nach hat der hierarchisch-angarische Hofschaffner Fretzer von Cielas als Pagen die Antwort der Pforte erhalten. Diefelbe nimmt in der Hauptsache die Forderungen bis auf wenige Abänderungen an.  
Eine der Modifikationen, welche die Pforte an dem von ihr durch die Antwort vom Montag angenommen macedonischen Finanz-reglement vorbrachte, betrifft die Frage der Militärausgaben. Der Vorschlag des Generalinspektors der fremden Genarmeeoffiziere ist entsprechend den Wünschen der Organikuma um zwei Jahre verdrängt worden.  
**Polen mit Bulgarien?**  
Infolge gewisser von türkischer Seite ergiffener Maßregeln gegen die Einflüsse von Bulgarien und bulgarischer Repressalien befinden sich die Türkei und Bulgarien beinahe im Polstreite. Von bulgarischer Seite wird die Ernennung einer gemischten Kommission zur Prüfung des Streitfalles und erforderlichen Falls eine entsprechende Revision der Handelskonvention von 1900 verlangt.  
**Großbritannien.**  
Folgende Unterstaatssekretäre sind ernannt:  
Ministerium des Innern: Herbert Samuel, Kolonialamt: Winston Churchill, Kriegsministerium: Carl von Borsumund, Admiralität: Edmund Robertson, Generalkonsumentenamt: Lawson Walton.

### Aus Nah und Fern.

**Tüblich verunglückt.** Auf der hohenzollernischen Eisenbahn bei Kassel stürzte der Aufseher Apel in einen Födergraben und war sofort tot.  
**Die Amundsen-Expedition.** Die südpolnische Expedition „Polaris“ veröffentlicht ein Telegramm des Nordpolarschiffes Amundsen aus Caple auf Alaska vom 10. Dezember. Aus diesem geht unter anderem hervor, daß der dänische Mannan Corfred Hansen im Frühjahr 1905 auf einer Schiffsreise eine große Inselgruppe kartographisch hat, welche aus über 100 Inseln besteht, die die See zwischen Ming Williams-Land und Viktor-Land erfüllen. Kontinent Spanien vermaßt ferner im Frühjahr 1905 die Küste von Viktor-Land bis 72 Grad 10 Minuten N. Die Expedition verließ ihren Überwinterungsplatz am 13. August 1905 und erreichte am 2. September Kap Sabine, wurde aber bei Kings Point durch Eis aufgehalten, ist dort jetzt eingefroren und über-wintert zum dritten Male. Alles ist wohl.  
**Wort.** Ein Schlichter ist von einem anderen Schlichter in Remus erinndet worden. Der Schlichter ist ein dänischer Genosse.  
**Entwickliche Grauwolken in Französisch-Song.** Der Pariser „Temps“ meldet, daß ein Sergeant der Kolonial-Infanterie im französischen Kongopostort vor ein Kriegsgericht gestellt wurde, weil er drei Eingeborene, welche die Steuer zu zahlen sich weigerten, ohne reguläres Urteil hingerichtet hätte. Einer der Hingerichteten sei von den Mitgefangenen des Sergeanten aufgefressen worden.  
**Die Antike Reteta erregt.** Die Antike Reteta erregt die Aufmerksamkeit der Hamburger Meldung auf der Elbe zahlreiche stillstehen. Der Hamburger Dampfer „Reinhold“ frisch auf der Unterelbe mit dem Kohlen-dampfer „Altona“ zusammen; „Reinhold“ wurde schwer beschädigt und mußte auf den Strand geschleppt werden. Der Dampfer wurde provisorisch gebüdet und am 12. cr. nach Hamburg zurückgeführt. Der dänische Dreimastschoner „Soga“ wurde auf der Unterelbe von dem englischen Dampfer „Rime“ angegangen, um sich schwer beschädigt und ist nach Hamburg zurückgeführt. Der englische Dampfer „City of Malaga“ frisch mit dem zweiten Ulfeserichiff „Bergemeister Kirchenbauer“ zusammen. Beide Schiffe sind beschädigt.

### Letzte Telegramme.

**Washington, 12. Dez.** Das Staatsdepartement hat Nachrichten aus Caracas erhalten, wonach ein Ueberreismen unterzeichnet worden ist, durch das die diplomatischen Beziehungen zwischen Kolumbien und Venezuela wieder hergestellt werden.  
**Dares-Salaam, 12. Dez.** Das Detachment des Hauptmanns Sengrid ist am 1. d. M. auf dem (Nulu-Plateau im Bezirk Lindi von etwa 2000 Aufständischen angegriffen worden. Die Aufständischen erlitten eine vollständige Niederlage. Aus Iringa wird ein glückliches Geseft mit aufständischen Berjagata in der Rauchschaftilage gemeldet.  
**Die Lage in Rußland.**  
**Warschau, 12. Dezbr.** In Pabianice organisierten Arbeiter und Bauern einen Monstre-Nationaltag, an dem 10 000 Personen mit politischen Abdeihen teilnahmen. 200 berittene Bauern in Nationaltracht bedroheten einer Eskadron Dragoner, die sich sofort auf die unbewaffneten Bauern richtete, mehrere tote und ungefähr 80 schwer verletzte.  
**Kiew, 12. Dezember.** Der Wärdar Scharonow ist der Schloßbergliche Borodino aus Sefaterinodar, der, als Frau verkleidet und sich taubstummen stellend, dem General eine Witzschift übergab. Die Revolutionäre befreiten den verhafteten Borodino und brachten ihn über die Grenze in Eiderleit.  
**Weiter-Ausflucht auf Grund der Besichte der Deutschen Stewart in Hamburg.** (Nachstehend die Besichte.)  
**Darmstadt, 14. Dezember.** Reich, nachts, Niederschlag. Freitag, 15. Dezember: Reich, nachts, besocht, Niederschlag.  
**Wasserstände.** (Letzte amtliche Nachrichten.)  
Saale: Halle + 2,12, Trotha + 2,50, Mieslau + 2,32, Bernburg + 1,86, Galbe, Dierpegel + 1,80, Galbe, Unterppegel + 1,62, - Unterppegel: Straußfurt + 1,65, - Mollbau: Budweis + 0,70, Prag + 1,40, - Savel: Brannenburg, Dierpegel + 2,28, Brannenburg, Unterppegel + 1,94, Rathenun, Dierpegel + 1,86, Rathenun, Unterppegel + 1,48, Gabelberg + 2,56, - Elbe: Werdau + 0,35, Brandeis - 0,10, Weisk - 0,22, Leitmeritz + 0,74, Auisla + 1,20, Dresden - 0,79, Torgau + 1,02, Wittenberg + 1,90, Hofslau + 1,45, Aften + 1,22, Warty + 1,98, Wabegau + 1,64, Zangermünde + 2,48, Wittenberge + 2,28, Barenz + 2,32, Dömitz + 1,78, Dardau + 1,58, Rauenburg + 1,82.



